

CDU für Strompreisbremse – Rot-Grün dagegen!

Die CDU will die Belastung durch Stromkosten begrenzen. Insgesamt soll bei der Ökostrom-Umlage jährlich eine Milliarde Euro eingespart werden. Bundesumweltminister Peter Altmaier will dazu eine Strompreisbremse einführen. Die Kosten für die Förderung Erneuerbarer Energien sollen fair und gleichmäßig auf alle Schultern verteilt werden.

- Wir wollen die Strompreise stabil halten. Deshalb soll die noch unter Rot-Grün festgelegte preistreibende Umlage aus dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) geändert werden.
- In diesem und im nächsten Jahr soll die Umlage nicht weiter steigen, danach jedes Jahr höchstens um 2,5 Prozent. Rot-Grün lehnt das ab.
- Auch Erzeuger, die ihren Strom selbst verbrauchen, sollen künftig einen Teil der EEG-Umlage zahlen. Damit tragen alle gemeinsam zur Finanzierung der Energiewende bei.
- Sind die jährlichen Einnahmen aus der Umlage ausgegeben, sollen für einige Monate keine neuen Anlagen mehr gefördert werden. Die CDU will hierdurch jährlich bis zu 500 Millionen Euro einsparen. Rot-Grün will stattdessen die Umlage weiter erhöhen.
- Ermäßigungen für energieintensive Unternehmen werden begrenzt. Dadurch kann die EEG-Umlage nochmal um bis zu 500 Millionen Euro sinken.
- Bestehende Anlagen genießen Vertrauensschutz. Trotzdem sollen sie einen einmaligen geringen „Energie-Soli“ abgeben. Auch das lehnt Rot-Grün ab.

Wir wollen, dass die Energiewende gelingt. Der Umstieg auf Erneuerbare Energien muss aber so gemacht werden, dass Strom für alle bezahlbar bleibt. Deshalb ist die Strompreisbremse richtig und notwendig.

Die Mitte.

CDU